



ZeitenWENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten

EUROPA- WAHL

25.05.2014



Umschalten auf Wahlkampfmodus!

Internes

Wahlergebnisse 32. Bundesparteitag, Unsere Terminplanung EU-Wahl.....3

Wahlkampfmodus

Sein oder Nichtsein, das ist die Frage: Von unserer Teilnahme an der EU-Wahl hängt alles ab.....4

Im Wahlkampfmodus: Gemeinsam können wir es schaffen5

Europa neu gestalten: Mehr Demokratie und mehr Europa wagen!.....6

Teampayer: Unsere Bundesliste für die Europawahl 20147

Europapolitik

Grenzenlos skandalös: Pferdefleisch, verdorbene Wurst und frittierte Enddarm-Ringe8

Schande für Europa: Das Massaker an den „Streunerhunden“ Rumäniens9

Der Fall „Lampedusa“: An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen 10

Argumente für ein Konzept der Genügsamkeit: Ein gesellschaftlicher und politischer Wertewandel ist überfällig 11

Europaparlament

Erwachsen werden ist nicht leicht: Das EU-Parlament auf seinem Weg zur handlungsfähigen Volksvertretung 12

Politikskandal

Die Sperrklausel: Peinliche Pfründe-Sicherung - und die Demokratie bleibt auf der Strecke..... 14

Weihnachtsgrüße

Weihnachtliche Grüße, Positivnachrichten aus der EU..... 15

Bildimpressionen

Der 32. Bundesparteitag im Zeichen der EU-Wahl 16



Liebe Parteimitglieder und Interessierte,

diese Sonderausgabe der ZeitenWende steht ganz im Zeichen der Europawahl im Frühjahr 2014. Da Ihnen mit dieser Ausgabe auch unser Europawahlprogramm zugeht hat das Redaktionsteam beschlossen den Umfang der ZeitenWende aus Kostengründen geringer als bei den üblichen Ausgaben zu konzipieren.

Ich möchte nicht versäumen, Sie um Entschuldigung zu bitten, dass Ihnen im Jahr 2013 bisher noch keine ZeitenWende zugegangen war. Es standen zu viele andere vordringliche Aufgaben, wie z.B. die Ausarbeitung des Bundestags- und Europawahlprogramms usw., in der „Warteschleife“, und darüber hinaus waren die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Redaktionsteams mit dem Sammeln der Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl sehr in Anspruch genommen. Daneben waren die zeitintensiven Vorbereitungen für den 32. Bundesparteitag zu erledigen, auf dem unter anderem die umfangreichen Änderungen in unserer Bundessatzung, die bereits auf dem 30. Bundesparteitag am 25. August 2012 beschlossen wurden, aus Gründen der Rechtssicherheit erneut zur Beschlussfassung anstanden. Die geänderte Bundessatzung und die satzungsrelevanten Ordnungen wurden am 16.11.2013 mit großer Mehrheit angenommen.

Im Fokus dieses Bundesparteitages standen neben den genannten Satzungsbeschlüssen die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes und der Schiedsgerichte sowie die Wahl der beiden Kassenprüfer, aber vor allem die am 25. Mai 2014 stattfindende Europawahl. Aus diesem Grunde wird in dieser Ausgabe auch ausnahmsweise nicht dezidiert über den vergangenen Bundesparteitag berichtet, sondern nur auf seine Ergebnisse hinsichtlich der Europawahl 2014 eingegangen. Einen detaillierten Bericht über den 32. Bundesparteitag finden Sie auf der Homepage des Bundesverbandes in der Rubrik Bundesparteitage.

Wie zu erwarten war, wurde auf dem 32. Bundesparteitag die Teilnahme an der – für die Partei existenziell wichtigen – Europawahl beschlossen und im Anschluss die Bundesliste der Bewerberinnen und Bewerber zum Europäischen Parlament aufgestellt. Mehr über unsere Kandidatinnen und Kandidaten erfahren Sie auf Seite 7.

Die innerparteilichen Weichen für unsere Wahlteilnahme sind damit gestellt, und jetzt heißt es, auf „Wahlkampfmodus“ umzuschalten! Was dies im Einzelnen bedeutet, erfahren Sie auf den Seiten 3 und 5.

Da diese ZeitenWende ganz im Zeichen der Europawahl steht, gehen wir auf den Seiten 7, 11 und 12 auf einige gravierende Fehlentwicklungen in der Politik der EU ein.

Wie bereits erwähnt, erhalten Sie mit dieser Sonderausgabe unser Europawahlprogramm. Einige der darin vorgebrachten Ideen und Forderungen sind vielleicht heute noch realitätsfern oder erscheinen auf den ersten Blick sogar als radikal, doch die derzeitigen Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass man die gleichen alten Fehler wiederholt. Unsere Partei will Impulse für die Neugestaltung Europas liefern, denn wir sagen „Ja“ zur Europäischen Union, aber „Nein“ zu ihren Fehlern.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie entweder als inaktives oder als aktives Mitglied unsere Partei und ihre programmatischen Zielsetzungen unterstützen. Es ist für mich ein deutliches Zeichen, dass Ihnen auch in Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit das Wohl der Tiere und der Natur am Herzen liegt. Dies bestärkt meine Hoffnung, dass sich etwas zum Besseren verändern kann.

Ich wünsche Ihnen besinnliche Festtage, einen harmonischen Jahreswechsel und alles Gute für das neue Jahr. Bleiben Sie vor allem gesund!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr Stefan Bernhard Eck

Da am 17. November 2013 auf dem 32. Bundesparteitag die Neuwahl sämtlicher Parteigremien auf dem Programm stand, hier die Ergebnisse der Wahlen des Bundesvorstands, der Parteischiedsgerichte und der Kassenprüfer:

Bundesausschuss

Bundesausschussvorsitzende <i>(alle gleichberechtigt)</i>	Stefan B. Eck Horst Wester Barbara Nauheimer
Generalsekretär Stellv. Generalsekretär	Bernd Mallon Carsten Molitor
Bundesausschusskassenführer Stellv. Bundesausschusskassenführer	Dr. Petra Kuppinger Andreas Oeser
Bundesausschusssekretär Stellv. Bundesausschusssekretär	Manuela Röper Caroline Eckhoff
Bundesausschussgeschäftsführer	Jan Zobel
Beisitzer	Martin Buschmann Matthias Ebner Viktor Gebhart Margret Giese Bettina Jung Peter Jung Ulla Schloon Helmut Spohr Andreas Zemke

Bundesausschussschiedsgericht 1. Kammer

1. Vorsitzender Stellv. Vorsitzender	Gina Hebing Ludwig Reiser
Beisitzer	Rudolf Westphal Olaf Zeuch

Bundesausschussschiedsgericht 2. Kammer

Sachverständige	Bettina Müller Manuela Rollins Franziska Gerhardt Andreas Döring
------------------------	---

Kassenprüfung

Kassenprüfer	Nancy Streit Peter Nedderhof
---------------------	---------------------------------

Wahlkampfmodus - Terminplanung:

Demo „Wir haben es satt!“ in Berlin am Samstag, 18. Januar 2014

Am Freitag, 17. Januar 2014, wollen wir in ausgesuchten Bezirken Berlins, z. B. in Kreuzberg, Unterstützungsunterschriften sammeln und vor allem am darauffolgenden Tag während der erfahrungsgemäß großen Demonstration (am 19. Januar 2013 nahmen 25 000 Menschen teil!) für unsere Partei die „Werbetrommel“ rühren.

VeggieWorld-Messe in Wiesbaden von Freitag, 24. bis Sonntag, 26. Januar 2014

Wir sind – wie in den letzten beiden Jahren – mit einem eigenen Messestand auf der VeggieWorld 2014 in Wiesbaden vertreten. Über 20 000 Besucher/innen werden wieder erwartet, und wir werden diese Gelegenheit natürlich nicht ungenutzt lassen, mit einem großen Aktionsteam Unterstützungsunterschriften zu sammeln und für unsere Partei zu werben.

„Wiesbaden Pelzfrei“ in Wiesbaden am Sonntag, 26. Januar 2014

Da wir ohnehin schon in Wiesbaden sind (VeggieWorld 2014), wollen wir ein Aktionsteam abstellen, das an dieser Demonstration teilnimmt, Unterstützungsunterschriften sammelt und Wahlkampf-Faltblätter verteilt.

Kommunalwahlkampf in Düsseldorf mit Barbara Rütting 2. Woche im Mai 2014

Zur Unterstützung des Kommunalwahlkampfes von Parteimitglied Claudia Krüger ist eine Wochenendaktion in Düsseldorf mit Barbara Rütting eingeplant – immerhin geht es darum, dass mit Claudia Krüger die erste Stadträtin unserer Partei in ein Kommunalparlament in Nordrhein-Westfalen einziehen würde. Selbstverständlich steht gleichzeitig auch der Europawahlkampf auf dem Programm. Möglicherweise ändert sich witterungsbedingt der Termin noch.

VeggieExpo in München am Wochenende 08. und 09. März 2014

Zwar ist das Sammeln der Unterstützungsunterschriften zu diesem Zeitpunkt schon abgeschlossen, aber dieser Termin in der bayerischen Metropole liegt in der heißen Endphase des Wahlkampfes. Wir wollen noch „auf den letzten Metern“ versuchen, Vegetarier und Veganer auf unsere Partei aufmerksam zu machen, denn wen außer uns kann ein überzeugter „Veggie“ wohl sonst wählen?

Für die VeggieExpo in München vom 08. bis 09. März 2014 ist die Ansprechpartnerin Barbara Nauheimer, Tel. 08152 - 925326, E-Mail: barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de.

Neben diesen Terminen werden sich unsere Landesverbände wie immer mit Info-Ständen und eigenen Aktionen am Wahlkampf beteiligen. Diesbezügliche Informationen werden rechtzeitig auf der Homepage des Bundesverbandes veröffentlicht.

Sabine Jedzig
Redaktion ZeitenWende

Sein oder Nichtsein, das ist die Frage...

Von unserer Teilnahme an der Europawahl 2014 hängt alles ab!

Keine andere Wahl ist für das Überleben und Fortkommen unserer Partei so wichtig wie eine Europawahl. Die Gründe für diese Tatsache: In der Vergangenheit bekamen wir bei EU-Wahlen besonders viele Stimmen – 2004 waren es 331 388 Stimmen, dies entsprach 1,3 Prozent; 2009 waren es 289 572 Stimmen, dies entsprach 1,1 Prozent. Auch die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl haben gezeigt, dass wir uns nach wie vor auf unsere Wählerschaft verlassen können, denn in fast allen fünf Landesverbänden, die an der Wahl teilnahmen, verzeichneten wir Stimmenzuwächse. Dies werten wir auch als positives Signal für die kommende Europawahl!

Bei Wahlen zum Europäischen Parlament ist es notwendig, mehr als 0,5 Prozent

Stimmenanteile zu gewinnen, um staatliche Mittel in Anspruch nehmen zu können. Ohne diese staatlichen Zuwendungen kann unsere Partei ihre politische Arbeit aus finanziellen Gründen nicht fortsetzen. Mit anderen Worten: Schaffen wir es bis Anfang März 2014 nicht, die beglaubigten Unterstützungsunterschriften beim Bundeswahlleiter einzureichen, ist das Aus der Partei nur noch eine Frage der Zeit – und 20 Jahre engagierter Parteiarbeit waren vergeblich.

Angesichts dieser Tatsache werden Sie sich zu Recht fragen, warum der 32. Bundesparteitag auf einen so späten Termin gelegt wurde.

Dazu eine kurze Erläuterung: Um ausreichend Zeit für das Sammeln der notwendigen 4000 Unterstützungsunterschriften zu haben, sahen wir den 31.08./01.09.2013 als Termin für den 32. Bundesparteitag vor, auch wenn er in drei Bundesländern noch in der Ferienzeit lag. Dass übrigens ein Bundesparteitag innerhalb der Hauptferienzeit nichts Ungewöhnliches ist, zeigt sich an einem Vergleich mit einigen etablierten Parteien, die ebenfalls in Sommermonaten Parteitage abhielten – z. B. CDU (18.06.2002 und 28.08.2005), SPD (31.08.2005), Bündnis90/Grüne (9./10.07.2005).

Die Landesvorstände Berlin und Sachsen-Anhalt teilten unsere Sichtweise nicht, vielmehr wurde nachdrücklich gefordert, dass in der Ferienzeit keinesfalls ein Bundesparteitag stattfinden dürfe. Es wurde außerdem gefordert, den Termin auf „frühestens Anfang Dezember“ zu verschieben. Daraus geht unzweideutig hervor, dass das Argument „Europawahl“ entweder vergessen oder – was wahrscheinlicher ist – gezielt außer Acht gelassen wurde! Eine solche Blockadehaltung, die sogar das Überleben der Partei in Kauf nimmt, hat es in der Parteigeschichte noch nicht gegeben. Und die Frage ist be-

rechtigt, welches die wahren Motive für ein derartiges Verhalten sind.

Um die Kette der bisherigen Anfechtungen, die zu einer Lähmung der Parteiaktivitäten führte, nicht noch zu verlängern, verlegte der Bundesvorstand den Termin des Parteitages auf Mitte November.

Wir wissen, dass wir mit dieser Terminplanung vor einer großen Herausforderung stehen, vor allem angesichts der Notwendigkeit, die 4000 Unterstützungsunterschriften ausgerechnet in den drei kalten Wintermonaten zu sammeln. Aber es steht viel auf dem Spiel: Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz war bei ihrer Gründung im Januar 1993 weltweit die erste „Tierschutzpartei“ und trägt somit auch eine historische Verantwortung! Rund 300 000 Wählerinnen und Wähler stehen hinter unserer Partei und ihren programmatischen und einzigartigen Zielsetzungen. Aber vor allem schulden wir es den Tieren, uns auch weiterhin mit aller Kraft für sie einzusetzen, da wir die einzige Partei in Deutschland sind, die sich konsequent für ihre Befreiung aus menschlicher Willkür und Unterdrückung und für ihre legitimen Rechte einsetzt.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, Sie würden uns in unserem Bemühen, das Sammeln der notwendigen Unterschriften so schnell wie möglich zu erledigen, engagiert unterstützen! In dieser nicht ganz leichten Situation heißt die Devise: Zusammenstehen ohne Wenn und Aber! Wir sollten uns nun als Solidargemeinschaft bewähren, denn: Sein oder Nichtsein ist jetzt die Frage!

Wir werden zu Recht stolz darauf sein, wenn sich die Mühe gelohnt hat und wir das vor uns liegende Ziel – vielleicht sogar mit Bravour – Ende Februar oder Anfang März erreicht haben.

Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE



WAHLKAMPFMODEUS

Gemeinsam können wir es schaffen...

Die erste Hürde, die genommen werden muss, ist das Sammeln von 4000 Unterschriften (plus 5 bis 10%); dies ist die gesetzliche Voraussetzung für die Teilnahme unserer Partei an der Wahl. Die ausgefüllten und beglaubigten Formulare müssen von uns spätestens am 3. März 2014 beim Bundeswahlleiter eingereicht werden.

Da die Formblätter für die Unterstützungsunterschriften erst nach der Aufstellung unserer Europa-Kandidaten/innen angefordert werden konnten, ist hinsichtlich des Sammelns der Unterschriften Eile geboten. Im Klartext: Zum Sammeln bleiben lediglich die Monate Dezember, Januar und Februar. Obwohl es immer schwieriger wird, Zeitgenossen zu finden, die noch nicht der Datenschutz-Hysterie oder allgemeiner Politikverdrossenheit verfallen sind, hoffen wir, dass wir Ende Februar 2014 diese wichtigste Hürde genommen haben.

Wir bitten Sie dabei auch um Ihre Unterstützung, indem Sie sich beim Sammeln beteiligen und uns möglichst viele unterschriebene Formulare zusenden. Dieser Ausgabe haben wir nochmals - nachdem Ihnen mehrere Formulare bereits mit einem gesonderten Schreiben vor Kurzem zugingen - zur Sicherheit 2 Formblätter beigelegt; vielleicht treffen Sie sich ja über die Feiertage mit Verwandten, Freunden und Bekannten, die auch bereit sind, eine Unterstützungsunterschrift zu leisten. Sollten Sie mehr Formulare benötigen, machen Sie sich bitte entweder Kopien oder laden Sie sich das Formular von der Homepage des Bundesverbandes herunter (<http://tierschutzpartei.de/wahl.htm>) und drucken es aus. Sie können aber auch die Formulare bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern.

Bitte senden Sie die in Druckschrift ausgefüllten und eventuell beglaubigten Formulare an das Vorstandsekretariat (Frau Sabine Jedzig, Schreiersgrüner Str. 5, 08223 Treuen). Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Unterstützung!

Sobald die Formulare beim Bundeswahlleiter eingereicht und wir zur Wahl zugelassen sind, beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes, an der sich jedes Parteimitglied im Rahmen seiner zeitlichen Möglichkeiten beteiligen kann: Verteilung unserer Wahlkampf-Faltblätter, Info-Stände, Plakatieren, Parteiwerbung bei Freunden und Bekannten oder via Internet auf Facebook und in Foren.

Wenn Sie Wahlkampf-Faltblätter verteilen wollen, fordern Sie diese bei der Bundesgeschäftsstelle telefonisch oder per E-Mail an. Bitte geben Sie dabei unbedingt die benötigte Stückzahl an. Bereits eing geplante Wahlkampftermine finden Sie auf Seite 3 dieser Ausgabe; weitere Termine für Info-Stände werden rechtzeitig auf der Homepage des Bundesverbandes veröffentlicht.

Wir wollen diesen Wahlkampf professionell gestalten, dazu gehört das Plakatieren in möglichst vielen Städten und Gemeinden. Die Arbeitsgruppe Europawahl wird vier oder fünf neue Plakate für die Europawahl entwickeln; zusätzlich können unsere bei der letzten Bundestagswahl verwendeten Plakate auch nochmals zum Einsatz kommen (mit Ausnahme des Plakats mit der Flagge der BRD). Aufgrund der unterschiedlichen Genehmigungsverfahren in Städten und Gemeinden wird das Plakatieren von den jeweiligen Landesvorständen organisiert. Wollen Sie beim Plakatieren mithelfen, wenden Sie sich bitte an die zuständige Landesgeschäftsstelle.

Selbstverständlich werden wir Sie während des Europawahlkampfes durch die Homepage des Bundesverbandes und durch unseren Newsletter auf dem Laufenden halten (z.B. über die erreichte Anzahl der Unterstützungsunterschriften, über das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts usw.).

Durch die Herabsetzung der Sperrklausel von 5 auf 3 Prozent (auch die 3 Prozent-Klausel könnte durch das Bundesverfassungsgericht noch vor dem Wahltermin am 25. Mai 2014 fallen) besteht erstmalig die realistische Chance für unsere Partei, ins Europaparlament einzuziehen.

Jeder von Ihnen kann persönlich einen Beitrag dafür leisten, dass die Tiere in Brüssel eine Stimme erhalten! Dies ist notwendig, denn der Europäischen Union sind grenzenlose Tierquälerei und Tierausschleutung nach wie vor an der Tagesordnung. Deshalb brauchen die Tiere unsere Partei als mahnende und hartnäckige Fürsprecherin im Europäischen Parlament, weil keine der etablierten Parteien bisher den Mut und die Einsicht gezeigt hat, Tierschutz ganz oben auf ihre Agenda zu setzen.

Gemeinsam können wir es schaffen – packen wir's an!

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Unsere Infoblätter
zur Unterstützung
beim Sammeln von
Unterschriften



EUROPA neu gestalten

Mehr Demokratie und mehr Europa wagen!

Der größte Fehler in der Politik der EU ist, dass sie leider mehr die Interessen mächtiger Industriekonzerne, Wirtschaftsverbände und Großbanken vertritt als die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Das höhlt die Demokratie aus, führt zu Politikverdrossenheit und stärkt die Gegner der europäischen Idee. Darüber hinaus trägt diese unverantwortliche „Klientelpolitik“ dazu bei, dass die globale Klimaerwärmung und die Zerstörung der natürlichen Lebensräume – einhergehend mit einem dramatischen Rückgang der Biodiversität – ungebremst weiter zunehmen.

Wir wollen keinen Rückfall in die Zeit konkurrierender Nationalstaaten auf unserem Kontinent und keinen rechtslastigen Patriotismus, aber auch kein Europa, in dem seine Bürgerinnen und Bürger von Brüssel übergangen und bevormundet werden.

Wir wollen kein Europa mit Grenzschränken, Ressentiments unter seinen Völkern und einer heimlichen Diktatur des Großkapitals. Wir wollen kein Europa mit anthropozentrischen Barrieren, in dem ein Wirtschafts- und Wertesystem herrscht, unter dem Menschen, Tiere und natürliche Lebensräume zu leiden haben.

Wir wollen ein geeintes, friedliches und buntes Europa – ein Europa, in dem seine Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden dürfen. Wir wollen ein Europa, in dem das Wohlbefinden von Menschen und Tieren und die Erhaltung der Natur vor den Interessen der Wirtschaft unbedingten Vorrang haben. Wir wollen ein menschliches und ethisch fundiertes Europa, das hilfesuchenden Menschen Hilfe gewährt und das den notwendigen Prozess zu einer veganen Ernährungsweise aller Menschen unterstützt.

Europa steckt – wie die meisten Staaten der Welt – in einer Staatsschuldenkrise, und unser Planet ist massiv durch eine

ökologische Krise in Mitleidenschaft gezogen; die Ursache beider Krisen ist eine „Denkkrise“, in der die Menschheit gefangen ist.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

(Albert Einstein)

„Kein Wohlstand ohne Wirtschaftswachstum“ und „Stillstand ist gleichbedeutend mit Rückschritt“ – dies ist ein Denken, das dem gesunden Menschenverstand widerspricht. Ging es uns letztes Jahr oder vor zwei, drei, vier oder fünf Jahren tatsächlich so schlecht, dass eine jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts notwendig gewesen wäre? Müssen wir tatsächlich mit der ungehemmten Ausbeutung der Menschen, Tiere und Natur fortfahren – und sei es durch „Wachstumsbeschleunigungsgesetze“ der Erde die letzten Ressourcen abpressen, damit unser Lebensstandard stetig zunimmt? Nein, es ist höchste Zeit, dem Wachstumswahn und dem ungezügelten Profitstreben der Wirtschaft durch einen gesellschaftlichen und politischen Wertewandel und durch ein neues Konzept der Genügsamkeit zu begegnen. Wir müssen lernen, auch mit „negativem Wachstum“ glücklich zu leben – anstatt auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

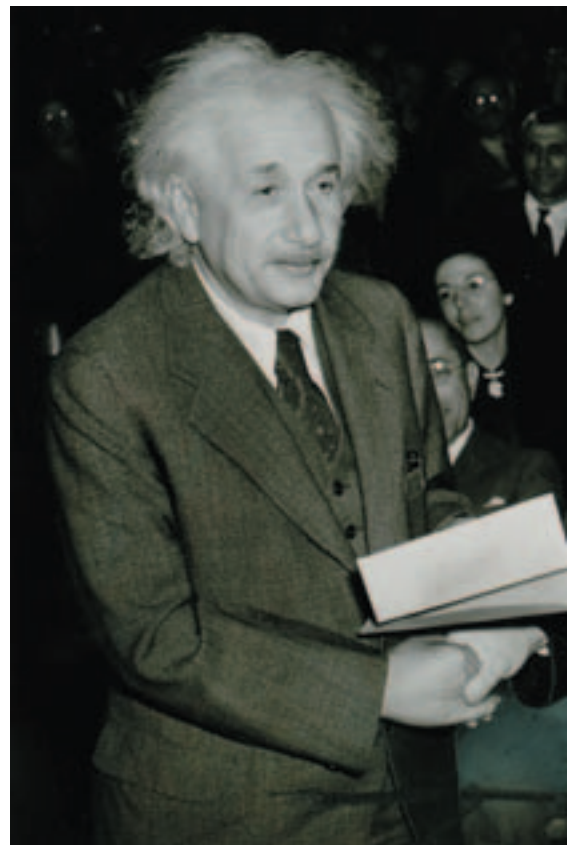
Wir wollen, dass die Europäische Union Vorreiter dieses neuen Konzeptes wird. Wir wollen auf die Probleme in Europa mit unkonventionellen und im wahrsten Sinne des Wortes ökologischen Ansätzen reagieren. Einige unserer Ideen sind vielleicht heute noch realitätsfern oder

erscheinen auf den ersten Blick sogar als radikal, aber Krisen und Probleme werden nicht dadurch gelöst, dass man die gleichen alten Fehler wiederholt. Wir wollen Impulse für die Neugestaltung Europas liefern, die der rückwärtsgewandten Nationalpolitik der Anti-Europäer etwas Substantielles entgegenzusetzen haben.

Wir wollen Europa neu gestalten und dabei mehr Demokratie und mehr Europa wagen!

In unserem Wahlprogramm, das dieser Ausgabe der ZeitenWende beiliegt, haben wir detailliert die Fehler der europäischen Politik beschrieben und die ersten Schritte zu einer Neugestaltung Europas vorgeschlagen. Wir sagen „Ja“ zur Europäischen Union, aber „Nein“ zu ihren Fehlern.

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl

Auf dem 32. Bundesparteitag am 16. und 17. November 2013 in Frankfurt/Main wurden folgende Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments nominiert.



Stefan Bernhard Eck
Bundesvorsitzender
Stellv. Vorsitzender im LV Saarland

Listenplatz 1



Dr. Peter Zimmer
Mitglied im LV Bayern

Listenplatz 3



Bernd Mallon
Generalsekretär
Stellv. Vorsitzender im
LV Schleswig-Holstein

Listenplatz 5



Peter Jung
Beisitzer im Bundesvorstand
Vorsitzender im LV Saarland

Listenplatz 7



Dr. Petra Kuppinger
Bundesschatzmeisterin
Schatzmeisterin im
LV Rheinland-Pfalz

Listenplatz 9



Carsten Molitor
Stellv. Generalsekretär
Beisitzer im LV Niedersachsen

Listenplatz 2



Nancy Streit
Bundeskassenprüferin
LV Sachsen-Anhalt

Listenplatz 4



Barbara Nauheimer
Bundesvorsitzende
Vorsitzende im LV Bayern

Listenplatz 6



Horst Wester
Bundesvorsitzender
Schriftführer im LV Bayern

Listenplatz 8

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -
Vorstandssekretariat
Schreiersgrüner Str. 5, 08233 Treuen
Tel.: 037468/5267
Fax: 037468/68427
sekretariat@tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung: Stefan B. Eck
Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam: Margret Giese, Andreas Oeser, Barbara Nauheimer, Sabine Jedzig, Horst Wester

Layout: Horst Wester

Lektorat: Margret Giese, Andreas Oeser

Druck und Vertrieb:
Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1200 Exemplare

Bank: Ethikbank, BLZ: 830 944 95,
Konto: 3 000 281

Rechtliches: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Wir behalten uns die Kürzung/Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch unsere Beiträge zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Alle Rechte vorbehalten.

GRENZENLOS SKANDALÖS

Pferdefleisch, verdorbene Wurst und frittierte Enddarm-Ringe

Anfang 2013 hat der „Pferdefleischskandal“ die Verbraucher in Europa in Aufruhr versetzt. In Tiefkühl- und Fertigprodukten sowie Soßen mit Hackfleisch wurden Anteile von Pferdefleisch gefunden; betroffen waren Produkte wie Lasagne, Sauce Bolognese, Ravioli, aber auch Gulasch und ganze Dönerspieße. Kaum ein Hersteller hatte eine „weiße Weste“, egal ob Eigenmarkenproduzenten der Supermarktketten oder namhafte international tätige Unternehmen.

Seitens der damaligen Bundesministerin Ilse Aigner stellte sich wie üblich ein engagiert wirkender Aktionismus ein, der sich in der bald endenden Debatte jedoch nur auf einen „nationalen Aktionsplan“ mit einer Telefonhotline und einer Internetseite über zurückgerufene Produkte sowie auf das Vorhaben einer schärferen Deklarationspflicht für Lebensmittel beschränkte.

Auf europäischer Ebene sprachen sich die Verbraucherminister nach umfangreichen Proben von über 2000 möglicherweise betroffenen Produkten für einen Aktionsplan und, ebenso wie die EU-Kommission, für eine schärfere Kennzeichnungspflicht aus. Von der Öffentlichkeit unbeachtet, verwarf die EU-Kommission im September 2013 diese Pläne wieder mit Blick auf den Preisanstieg der Fleischprodukte um bis zu 50 Prozent. Ebenso wenig beachtet blieb ein weiterer Verdacht gegen einen großen niedersächsischen Fleischzulieferer, demzufolge billiges Abfallfleisch aufgekauft, weiterverarbeitet und an Wursthersteller geliefert worden sein sollte.

Im Herbst wurden Listen sowohl des Umweltuntersuchungsausschusses des Europäischen Parlaments als auch des

Lebensmitteleinzelhandels bekannt, die besonders kritische Produkte aufführen, bei denen der Verdacht des Lebensmittelbetrugs besteht. Neben den bereits genannten Fertigprodukten tauchten auch Calamari (Tintenfischringe) auf, die möglicherweise aus Schweineenddärmen hergestellt wurden. Dass bei dieser Vorstellung Ekel aufkommt, liegt auf der Hand. Tafelsalz mit Anteilen von Straßenstreusalz sowie die Auszeichnung gewöhnlicher Lebensmittel als Bio-Produkte und Zuchtfisch als Wildfang deklariert finden sich ebenso auf diesen Listen.

Beispiel für Kühlhausbetreiber oder Verpackungsbetriebe fehlt obendrein.

Transparenz für Konsumenten: Fehlanzeige! Der Schutz eines unter Zweifel geratenen Unternehmens wiegt höher als der Verbraucherschutz. Kein Wunder, dass das Vertrauen in die Lebensmittelindustrie zusehends schwindet. Es wird versucht, dieses Vertrauen durch noch günstigere Lebensmittel wettzumachen. Der hierdurch entstehende Preisdruck bei den Produzenten und weiterverarbeitenden Betrieben provoziert aber weitere, noch heftigere Verstöße in der Zukunft.

Ein veganes Europa ist heute noch eine Utopie. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich deshalb für umfassende sowie grenzüberschreitende Kontrollen ein und fordert erheblich höhere Strafen für „Gammelfleischbetriebe“ sowie vollständige Transparenz sowohl in der Nennung beanstandeter Produkte und Hersteller als auch in der durchgängigen Nachverfolgung der am Produktionsprozess beteiligten Betriebe. Darüber hinaus muss für den Konsumenten nachvollziehbar sein, welche Bestandteile sich in den jeweiligen Nahrungsmitteln befinden.

Tiere sind keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, keine billigen Massenprodukte! Es sind empfindungsfähige Lebewesen wie wir. Fazit: Wir sollten auf Fleisch, Wurst, Milch, Käse und Eier einfach verzichten und uns die immer umfangreicher werdende tierfreundliche „vegane Lebenswelt“ mit all ihren Facetten erschließen.

Andreas Oeser

Redaktion ZeitenWENDE



Trotz Kenntnis von diesen Problemen geschieht seitens der zuständigen EU-Kommission zu wenig, da die Unterschiedlichkeit der Rechtsvorschriften in den europäischen Staaten und die oftmals mangelnde Bereitschaft zur europaweiten Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden zu beklagen ist. Daneben sind die Strafen bei Verstößen zu gering und eine durchgängige Registrierungspflicht zum

SCHANDE FÜR EUROPA!

Das Massaker an den „Streunerhunden“ Rumäniens

Erschlagen, vergiftet, stranguliert, mit Säure überschüttet oder angezündet: Seit der tödlichen Attacke von Straßenhunden auf einen Vierjährigen in Bukarest wurde in Rumänien ein beispielloses Hundemorden entfesselt. Jeden Tag ereignen sich unbeschreibliche Gräueltaten an wehrlosen Tieren. Staatliche Hundefänger-Trupps fangen Hunde ein und bringen sie in sog. Tierheime. Dort dürfen sie nach 14-tägigem Aufenthalt getötet werden, wenn sich niemand findet, der sie aufnimmt. Diese Vorgehensweise wurde per Gesetz am 10. September dieses Jahres legitimiert.

Das umstrittene Gesetz bedeutet den staatlich legitimierten Massenmord an Rumäniens Straßenhunden. Auch Privatpersonen beteiligen sich an dem Rachefeldzug gegen die Hunde. Die Politiker lenken so geschickt die aufgestaute Wut vieler Rumänen gegen die korrupte Politikerkaste und die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes auf die Straßenhunde und geben den frustrierten Menschen ein Ventil, ihrem Zorn freien Lauf zu lassen.

Dr. Tonio Borg, der EU-Gesundheitskommissar, äußerte sich zu der Massentötung, dass die EU-Kommission diesbezüglich keine rechtliche Zuständigkeit habe. Sie könne ihre Mitgliedstaaten nur dazu ermahnen, die einschlägigen internationalen Abkommen zu befolgen (World Organisation for Animal Health, OIE). In deren Gesundheitskodex für Landtiere gilt Euthanasie (im Sinne von Tötung gesunder Hunde) als eine Methode, die nur dann angewendet werden soll, wenn andere Methoden keine Wirkung zeigen.

Auch der Europarat hat eine Reihe völkerrechtlicher Tierschutzübereinkommen erarbeitet, darunter auch das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren. Es legt fest, dass niemand einem Heimtier unnötig Schmerzen oder Leid zufügen oder es in Angst versetzen darf. Rumänien hat dieses Übereinkommen unterzeichnet und am 1. März 2005 in Kraft gesetzt. Es ist erschreckend, dass die EU außer einer „Ermahnung“ nicht intervenieren kann!

Und dass das Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren nicht das Papier wert ist, auf dem es steht.

Ähnlich zurückhaltend verhält sich auch die Bundesregierung. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung lässt verlautbaren, dass die deutsche Botschaft in Bukarest mit den zuständigen Behörden Kontakt aufgenommen habe. Kanzlerin Merkel lässt lediglich wissen, dass Rumänien als Mitglied der OIE „gehalten ist“, den „Empfehlungen der OIE zu folgen.“

Allein in Bukarest leben ca. 65 000 Streunerhunde. Die rumänische Tierschutzvereinigung FNPA schätzt die Gesamtzahl der herrenlosen Hunde in Rumänien auf etwa 500 000. Die vielen Streunertiere sind ein Erbe der Ceausescu-Zeit. Nicolae Ceausescu war von 1965 bis 1989 Staatspräsident der Sozialistischen Republik Rumänien. Im Zuge seiner forcierten Industrialisierung strömten tausende Menschen vom Land in die Städte; ab den siebziger Jahren wurden zudem immer mehr alte Wohnhäuser abgerissen, um Platz für Plattenbauten („Paläste des Volkes“) zu schaffen. Viele der umgesiedelten Bewohner nahmen ihre Hunde mit, durften sie aber in ihren neuen Wohnungen nicht halten. Sie entließen sie auf die Straße, wo sie sich bald rasant vermehrten. 1981 wurden erstmalig 60 000 Straßentiere getötet, in den Jahren 2002 - 2007 ca. 144 000 Tiere und nun tötet Rumänien wieder, weil das Land einfach unfähig ist, dieses Problem in den Griff zu kriegen.

Warum ist das so? Mit Streunern und Tötungen lässt sich eine Menge Geld verdienen! Es ist ein Geschäftsmodell, Hunde einzusammeln und sie in Hundeaufbewahrungslager zu bringen. Die Hundefänger werden pro Hund bezahlt. Viele Hunde werden, sobald die Bezahlung erfolgt ist, auf dem Weg in die „Tierheime“ wieder freigelassen. Damit existiert das Problem weiter und „Hilfe“ ist weiterhin erforderlich. Viele Hunde werden wiederholt gefangen, dabei oft verletzt und wieder freigesetzt. Die Hunde sind dadurch erheblich traumatisiert. Hundefänger bedienen sich am

liebsten der freundlichen und kleinen Hunde; manche Hunde werden sogar ihren Besitzern entrisen. Diese zahlen mittlerweile „Schutzgebühren“ an die Hundefänger. Die weniger freundlichen, großen Tiere bleiben auf der Straße und perpetuieren zusammen mit den wieder freigesetzten das Problem.

Die Hundefänger werden von den örtlichen Behörden, der ASPA, pro Hund bezahlt – 219 Lei, das entspricht fast 49 Euro. An den getöteten Hunden verdienen die Verbrennungsfirmen. Pro Kilogramm Hund fallen 0,5 Euro an. Das Gewicht der Tiere wird geschätzt. Pro Hund kann so mit 10 bis 15 Euro gerechnet werden. Die „Tierheime“ verdienen ebenfalls pro Tier. So ist es keine Seltenheit, dass Hündinnen und Rüden zusammen eingesperrt werden und Welpen das Einkommen der „Tierheim“-Leiter mehrer. Gefüttert wird selten.

Für das Jahr 2014 belaufen sich die Mittel zur Streunerbekämpfung auf über 6 Millionen Lei, umgerechnet 1,3 Mill. Euro. Rumänien ist seit 2007 Mitglied der EU. Es lässt sich unschwer erraten, woher die Gelder, die der Streunerbekämpfung dienen, stammen: von Ihnen und mir!

Damit ein Ende des schändlichen Treibens in Rumänien abzusehen ist, muss an die Wurzel des Übels gegangen werden. Mit anderen Worten: Der Vertrag von Lissabon ist in diesem Punkt schnellstmöglich zu revidieren und das Problem „Streunerhunde“ aus dem Zuständigkeitsbereich der Mitgliedsstaaten in die Hände der EU-Kommission bzw. des EU-Parlaments zu legen! Um dies und die Lösung vieler anderer Probleme – vor allem im Bereich Tierschutz/ Tierrechte - voranzutreiben, bedarf es einer mutigen, ethisch orientierten Partei, als die sich unsere Partei seit ihrer Gründung versteht. Daher ist ihr mit allem Nachdruck der Einzug in Brüssel zu wünschen!

Barbara Nauheimer
Redaktion ZeitenWENDE



Ein Aktionsflugblatt der Partei Mensch Umwelt Tierschutz

Der Fall Lampedusa

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

An Einsicht und vorausschauendem Denken scheint es in Brüssel zu mangeln: Seit Jahren gibt es Flüchtlingsströme nach Europa, ausgelöst durch kriegerische Auseinandersetzungen und vor allem durch die katastrophalen Hungerprobleme in vielen Ländern der „Dritten Welt“. Wollen die Menschen dem entkommen, werden sie geringschätzig als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abqualifiziert, die kein Asyl verdient hätten.

Wer so denkt und handelt, macht sich doppelt schuldig, gehört er doch selbst einer Überflussgesellschaft an, die durch ihre nur auf den eigenen Profit bedachte Wirtschaftspolitik viele Lebensräume in den armen Ländern unbewohnbar macht – die Dürren und Überschwemmungen als Folge der Klimakatastrophe treffen ausgerechnet sie am meisten.

Damit nicht genug: Die EU lässt z. B. zu, dass Megatonnen von „Geflügelfleisch“-Exporten die afrikanischen Märkte zerstören – zwischen 2000 und 2012 stiegen sie fast um das Zehnfache auf ca. 43 000 Tonnen! Am Ende verdirbt dann das Fleisch noch durch den Verkauf unter glühender Sonne.

Und nun „Lampedusa“: Wenn das Mittelmeer reden könnte, es hätte viel zu erzählen: Von Urlaubern aus aller Herren Länder, die das Strandleben genießen und sich bei sommerlicher Hitze Abkühlung im herrlichen Wasser verschaffen. Aber das Meer könnte auch von der Kehrseite berichten und darüber klagen, dass es zu einem vieltausendfachen Grab hilfloser Menschen geworden ist.

Vor den südlichen Küsten der Europäischen Union ist das Sterben von Flüchtlingen kein Ausnahmefall, sondern der Normalzustand. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben fast 20 000 Menschen den Versuch, in die EU zu gelangen, mit dem Leben bezahlt. Die Insel Lampedusa, zwischen Tunesien und Italien gelegen, ist aufgrund seiner Lage das bedauernde Opfer der Vereinbarung, zuständig sei nur

das Land, auf das der Flüchtling zuerst seinen Fuß setzt.

Das Frühjahr 2011: Die jahrelangen Probleme verschärften sich noch, als nach den Revolten in Nordafrika vor allem junge Menschen aus Tunesien der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Not entfliehen und ein neues Leben in der EU beginnen wollten. Von überladenen Booten mit Kurs auf Lampedusa, die im Mittelmeer versanken, erfuhr die Öffentlichkeit lange nichts, damit die zunehmende Politik der Abschottung der EU ohne großes Aufsehen vorangetrieben werden konnte.

Mit zwei kurz aufeinander folgenden Flüchtlingstragödien Anfang Oktober 2013 konnte man sich dann nicht mehr in die Tasche lügen und die Öffentlichkeit täuschen: Im ersten Fall kenterte vor Lampedusa ein mit weit über 500 afrikanischen Flüchtlingen völlig überladenes Boot, als das Feuer von einer in Brand gesetzten Decke, mit der man Fischerboote auf sich aufmerksam machen wollte, auf das ganze Boot übergriff. 359 Tote wurden aus dem Meer geborgen, nur 155 Menschen konnten gerettet werden. Sie erwartet als Folge ihrer Rettung noch ein Stück aus dem Tollhaus: Als „illegale Einwanderer“ droht ihnen eine Bestrafung! Auch Fischern, die Ertrinkenden zu Hilfe kamen, wurden schon Prozesse „wegen der Förderung illegaler Einwanderung“ gemacht.

Das zweite Schiffsunglück geschah zwischen Malta und Lampedusa, als ein überladenes brüchiges Boot kenterte und 34 Menschen in die Tiefe gerissen wurden. Der amtierende maltesische Ministerpräsident Joseph Muscat klagte die EU an: „Wie viele Menschen müssen noch sterben, bevor etwas geschieht?“ Und die Antwort der EU? Sie rüstet die Agentur Frontex auf, die mit Schiffen und Flugzeu-

gen die Grenzen sichert, und „Vorreiter“ Innenminister Friedrich fällt nur ein, es müsse härter gegen die operierenden Schleuserbanden vorgegangen werden. Damit sei den Flüchtlingen nicht geholfen, so ein Sprecher von Pro-Asyl, Schleuserkriminalität sei eine Folge der für Flüchtlinge verschlossenen EU-Grenzen.

Eins bleibt zum Schluss festzuhalten: „Wiedergutmachung statt Ausgrenzung“ sollte die neue Leitidee der EU sein, und dies bedeutet, endlich eine humane Einwanderungspolitik in Gang zu setzen, die einer „Wertegemeinschaft“ würdig ist.

Damit es auf diesem Politikfeld vorangeht, bedarf es engagierter Fürsprecher für die in Not geratenen Menschen – daher heißt es für uns: Auf nach Brüssel!

Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE



Argumente für ein Konzept der Genügsamkeit

Ein gesellschaftlicher und politischer Wertewandel ist überfällig!

Konsum - der Erwerb von immer mehr Gütern soll eine gewisse Gier nach Geltung befriedigen, angestachelt von der Werbung und dem „Zeitgeist“. Dem Verbraucher wird es pausenlos eingehämmert: Sei schön, sei reich, sei erfolgreich! Schein ist wichtiger als Sein. Innere Werte sind kaum noch gefragt. Jede Mode wird mitgemacht, was der Wirtschaft kontinuierliche Umsatzsteigerung und rasante Profitmehrung bringt.

Die „Zeitkrankheit Konsum“ ist den politisch Verantwortlichen höchst willkommen; sie fördern das Phänomen sogar mit „Wachstumsbeschleunigungsgesetzen“ und wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Maßnahmen. Der Konsum erweist sich somit als politisch und gesellschaftlich legitimer Betrug am Menschen.

Die weltweit begrenzten Ressourcen erfordern jedoch ein sofortiges Umdenken: Die zwangsläufige und vielerorts bereits hereingebrochene ökologische Katastrophe kann nur noch durch eine von nachhaltiger Produktions- und Verbraucherorientierung geprägte Lebensweise abgemildert werden. Dazu muss unser Wirtschaftssystem radikal umgebaut werden sowie ein umfassender Wertewandel einsetzen, getragen von Menschen, die sich an den neuen globalen Problemen orientieren und ihre Bedürfnisse und Wünsche, Einsichten und Entscheidungen mit ihrer Lebensweise verändern.

Ein entsprechendes Leitkonzept wurde mit der „freiwilligen Einfachheit“ von Richard Gregg bereits 1936 formuliert;

es beschreibt eine Alternative zum Leben in der modernen Gesellschaft mit ihrer Massenproduktion und -konsumtion. Greggs Grundgedanke war, einen kulturspezifischen Beitrag zu einem einfachen Leben zu leisten, das weder von einem asketischen Lebensstil noch von Verbotsgeboten geprägt ist. Seitdem wurde diese Idee kontinuierlich weiterentwickelt und gewinnt durch das Einhergehen mit höherer Lebenszufriedenheit ständig neue Anhänger.

Mit dieser Ideologie geht eine gesunde, umweltbewusste, regional ausgerichtete pflanzliche Ernährung einher, die im Vergleich zur Erzeugung tierischer Produkte auch noch weniger Energie und Anbaufläche erfordert. Ein sparsamer Einsatz von technischen und Gebrauchsgütern zeichnet diesen Lebensstil ebenso aus wie das Bestreben, die Geräte länger zu nutzen, um Elektroschrott zu vermeiden. Auch elektronische Spielwaren sind wegen ihres Betriebs mit Batterien und chemischen Verbindungen verpönt. Werbung wird als Manipulation unserer Bedürfnisse abgelehnt. Massenmedien werden kritisch hinterfragt, besonders die Banalität von stundenlangem Fernsehkonsum.

Menschen, die die freiwillige Einfachheit leben, werden soziologisch dem LOHOS („Lifestyle of Voluntary Simplicity“) zugeordnet; sie sind konsequent antimaterialistisch orientiert und stehen dem Konsum ablehnend gegenüber.

Daneben gibt es die Modeerscheinung LOHAS („Lifestyles of Health and Sustainability“), deren Anhänger ebenfalls

wenig und dabei gesundheitsorientiert konsumieren; ihnen geht es jedoch nicht um Nachhaltigkeit, sondern um Genuss, Spaß und Unterhaltung auf sehr exklusivem Niveau.

Was früher die Religion war, ist heute der Konsum: Der moderne Mensch leidet an innerer Leere, Langeweile und chronischer Depressivität und versucht mit Kauf oder Verbrauch diese Empfindungen zu kompensieren und Glücksgefühle zu erzeugen. Der heute typische Konsum fördert eine allgemeine Suchtanfälligkeit. Laut Statistik gibt es 800 000 Kaufsüchtige in Deutschland, deren Dunkelziffer ist wahrscheinlich sehr viel höher.

Unser Überlebenstrieb macht uns zu Verschwendern, unsere Gefühle machen uns anfällig für hohle Versprechen, unser Bedürfnis nach Gemeinschaft macht uns einsam. Und alles kostet auch noch Geld, Zeit und Ressourcen. „Wir zerstören unseren Planeten, wir werden krank, müde, übergewichtig, verärgert und verschuldet“, schreibt der irische Autor John Naish. „Wir müssen einen Sinn für das Genug entwickeln.“

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert schon lange einen gesellschaftlichen und politischen Wertewandel - hin zu einem „Konzept der Genügsamkeit“. Sie ist die einzige Partei Europas, die in ihrem EU-Wahlprogramm ein reguliertes negatives Wachstum einfordert, um diese Erde unseren Kindern erhalten.

*Barbara Nauheimer, Andreas Oeser,
Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE*

Erwachsen werden ist nicht leicht!

Das Europaparlament auf seinem Weg zur handlungsfähigen Volksvertretung

Als 1950 der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Gründung einer Montanunion vorschlug, um die Kohle- und Stahlproduktion von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden überregional zu koordinieren, schlug die Geburtsstunde der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen. Die gezielte wirtschaftliche Verflechtung sollte nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges neuen militärischen Konflikten in Europa entgegenwirken, vor allem durch Einbindung der Rüstungsindustrien der einzelnen Länder in internationale Verträge. Darüber hinaus sollte das durch die Folgen des Krieges beeinträchtigte Wirtschaftswachstum beschleunigt werden.

Damals ahnte wahrscheinlich niemand, dass sich aus der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) ein Verbund aus 28 europäischen Staaten mit über einer halben Milliarde Einwohnern und einem Binnenmarkt entwickeln würde, der – am Bruttoinlandsprodukt gemessen – der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt ist. Heute ist die EU neben den USA, Russland und China die vierte Großmacht der Welt und ein Garant des Friedens auf dem europäischen Kontinent. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Menschen Europas zusammengewachsen sind und ein Krieg innerhalb der Union für uns nahezu unvorstellbar geworden ist. Der EU ist es auch zu verdanken, dass der Transformationsprozess der mittel-

und osteuropäischen Staaten nach dem Fall der Mauer und der Auflösung der UDSSR friedlich und europapolitisch günstig verlaufen ist.

Aber zurück zu den Anfängen: Zu den sechs Gründungsmitgliedern traten ab 1973 stetig weitere Staaten der Gemeinschaft bei, um an ihren wirtschaftlichen Vorteilen – insbesondere an der Zollfreiheit für Rohstoffe – zu partizipieren.

Während die Regierungen der beteiligten Staaten in der „Hohen Behörde“, der Vorgängerin der EU-Kommission, die politischen Entscheidungen trafen, war die Arbeit des damaligen Parlaments, das sich selbst „Gemeinsame Versammlung“ nannte, nur darauf beschränkt, die Rechenschaftsberichte der „Hohen Behörde“ zu kontrollieren. Zu einer tatsächlichen Korrektur oder Beeinflussung fehlten jedoch die rechtlichen Möglichkeiten.

Die nationalen Parlamente, die auch für die Regierungsbildung in ihren Staaten verantwortlich zeichneten, stellten die Mitglieder der „Gemeinsamen Versammlung“; gerade unter diesem Aspekt der indirekten Wahl wird die anfängliche Machtlosigkeit der europäischen „Volksvertretung“ deutlich. Die Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten des damaligen europäischen Parlaments waren derart begrenzt, dass es nicht verwundert, dass die Abgeordneten ihnen quasi nebenberuflich, also neben ihren nationalen parlamentarischen Verpflichtungen nachkamen.

1971 erhielt die „Gemeinsame Versammlung“ ihren ersten eigenen Haushalt, der jedoch wirtschaftlich relevante Posten in der Europäischen Gemeinschaft wie z.B. den Agrarhaushalt (zu diesem Zeitpunkt 90 Prozent des europäischen Budgets) ausschloss. Während die Europäische Gemeinschaft (EG) durch ihre Erweiterungen in Europa zunehmend an Einfluss gewann, stagnierten die Kompetenzen der Abgeordneten des Vorläufers des Europäischen Parlaments auf dem Stand der Gründungsjahre. Der Zusammenschluss der beteiligten Nationalstaaten zu einer handlungsfähigen europäischen Institution stand den Bürgerinnen und Bürgern so gut wie keine Mitbestimmung zu.

So wurde es auch von den europäischen Wählern wahrgenommen, als sie 1979 erstmals direkt Abgeordnete in die „Gemeinsame Versammlung“ wählen konnten. Die relativ hohe Wahlbeteiligung von über 60 Prozent der EG-Bürger war damals üblich als Reaktion auf die Unterdrückung der Demokratie durch die vorangegangenen totalitären Systeme in Europa. Unter den Politikern dieser Zeit galten die europäischen Institutionen jedoch entweder als Abschiebebahnhof für Ausgediente oder als Sprungbrett für junge Karrieristen, die sich für ihre nationalen Parlamente empfehlen wollten. Man wurde jedoch meistens als „Politiker zweiter Wahl“ betrachtet.

Im Laufe der Zeit nahm die allgemeine Politikverdrossenheit in Europa, so auch

in Deutschland, zu und entsprechend nahm die Wahlbeteiligung ab, sowohl bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen als auch bei den Wahlen zum – 1986 umbenannten – EU-Parlament. Bei der letzten Europawahl 2009 lag sie bei knapp über 43 Prozent. Daran konnte auch die zeitliche Zusammenlegung der EU-Wahlen mit nationalen Wahlen in einigen Staaten nichts ändern. Dies könnte daran gelegen haben, dass das EU-Parlament überwiegend mit Themen rund um sich selbst beschäftigt war. So setzte man sich sehr zeitintensiv mit der Angleichung verschiedenster nationaler Wahlmodi auseinander – die Wahlen bei den Franzosen und Briten werden z.B. nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführt, während das Europäische Parlament nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird. Unterschiedliche Sperrklauseln und Mindestwahlalter (aktiv und passiv) in den verschiedenen Mitgliedstaaten verzögern bis heute ein europaweit einheitliches Wahlsystem.

Ein anderer Grund für das Desinteresse am Europäischen Parlament ist ganz sicher der, dass die Mitbestimmungs- und Gestaltungsspielräume in den Gesetzgebungsverfahren immer noch sehr beschränkt sind – und dies trotz der stetigen Erweiterung seiner Kompetenzen seit 1986. Vor allem der Vertrag von Maastricht (1992) mit der nicht vollständigen Gleichstellung des EU-Parlamentes gegenüber dem Rat der Europäischen Union (dem ein Veto-Recht bleibt) und der Europäischen Kommission spielt hier eine maßgebliche Rolle.

Über Jahre mühsam ausgehandelte Kompromisse können seitens eines einzigen Ministers deutlich behindert werden. Bestes Beispiel ist die Regelung hinsichtlich der CO₂-Abgasnormen, die Deutschlands Umweltminister Peter Altmeier auf Druck der Autokanzlerin Merkel torpedierte und in der Schublade verschwinden ließ. Der zeitliche Zusammenhang mit einer beträchtlichen Spende aus dem Lager der Automobilwirtschaft an CDU/CSU passte wie die Faust aufs Auge und gab natürlich Stoff für süffisante Kommentare.

Da die meisten Abgeordneten des EU-Parlamentes in Fraktionen organisiert sind, aber gleichzeitig auch ihre nationalen Interessen verfolgen, ist das Entscheidungs- und Wahlverhalten der einzelnen

Parlamentarier oft nicht vorhersehbar und vielfach durch verschiedene Lobbyverbände geprägt: So kam das Europäische Parlament im Herbst 2013 in die Schlagzeilen, als es sich im Versuch, den Nikotinkonsum in der EU durch entsprechende Maßnahmen einzudämmen, in der Hauptsache nur auf das Verbot von Schoko-Zigaretten einigen konnte. Entscheidungen wie die sogenannte „Gurkenverordnung“ oder



das Verbot, Olivenöl in Karaffen auf die Tische von Speiselokalen zu stellen, haben zwar aus Sicht der betroffenen Produzenten und teilweise auch für die Verbraucher ihren Sinn, kommen in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch als Regulierungswut rüber. Durch Verspottung solcher Regelungen in Verlautbarungen regierungstreuer Medien versuchen nationale Regierungen, den Einfluss des EU-Parlamentes – mit dem Ziel der Entfremdung des Bürgers von „Brüssel“ – zu schmälern.

Dabei gerät in den Hintergrund, dass die europäische Gesetzgebung mittlerweile nicht mehr parallel oder konkurrierend zu den Gesetzen der einzelnen Mitgliedstaaten steht, sondern die Staaten – mit wenigen Ausnahmen, insbesondere in der Haushaltspolitik – bindend verpflichtet, ihre jeweils nationale Gesetzgebung den EU-Richtlinien anzupassen und die europäischen Verordnungen in ihre Gesetze ohne Änderungen zu integrieren.

Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Zahl jener Europäer zunimmt, die die Notwendigkeit erkennen, das EU-Parlament mit mehr politischen Einflussmöglichkeiten auszustatten, denn dieses Parlament repräsentiert den politischen Willen der Bürgerinnen und Bürger Europas. Will man einen Rückfall in die Zeit konkurrierender europäischer Nationalstaaten verhindern, muss die europäische Politik gestärkt werden und ebenso zusammenwachsen wie die Menschen Europas, die diesen Schritt bereits weitgehend vollzo-

gen haben. Nur einer starken EU kann es gelingen, dass Europa ein Kontinent des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bleibt und seine Bevölkerung zukünftig am Wohlstand Mitteleuropas partizipiert. Mit einem starken Europäischen Parlament können die Bürgerinnen und Bürger Europas aktiv dazu beitragen.

Hier liegt die große Chance für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz: In Fragen der Massentierhaltung, Überdüngung der Böden sowie deren einseitiger Ausbeutung durch Monokulturen und in der Überfischung und Verschmutzung der Meere ist die Agrar-Lobby derzeit leider noch übermächtig. Eine profitorientierte „Anti-Tier-Lobby“ schafft es auch, dass in Spanien Stierkämpfe stattfinden und die Tierexperimentatoren weiterhin ihrem „blutigen Handwerk“ nachgehen können. Übermächtig sind auch die Lobbyisten fossiler und atomarer Brennstoffe, andere arbeiten erfolgreich für diejenigen Produzenten, die den Verbrauchern bewusst verständliche Produktkennzeichnungen vorenthalten. Selbst die Verantwortlichen, die Flüchtlingen zu Lande oder zu Wasser die Rettung verweigern, werden von einer Lobby gesteuert.

Doch nicht alle Parlamentarier tragen die Schandtaten an den Tieren, der Umwelt und den notleidenden Menschen mit, und anders, als aus den deutschen Parlamenten bekannt, gibt es im Europäischen Parlament keinen Fraktionszwang. Das heißt, Mehrheiten können auch kippen, manchmal hängt es an wenigen Stimmen. Und manchmal reicht es auch, wenn diese wenigen Stimmen kritische Fragen stellen, Diskussionen anregen oder fragwürdige Entscheidungen des Parlamentes an die Öffentlichkeit bringen. Lassen Sie uns diese Stimmen sein!

Vorausgesetzt, die Hebel werden an den richtigen Stellen angesetzt, kann viel bewegt werden. Wer wäre dafür besser prädestiniert als eine Partei, die programmatisch alle drei miteinander verbundenen Bereiche berücksichtigt – die Tiere, die Umwelt und die Menschen, die der Hilfe bedürfen – kurz: unsere Partei, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz!

*Andreas Oeser, Stefan Bernhard Eck,
Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE*

Die Sperrklausel

Peinliche Pfründen-Sicherung – und die Demokratie bleibt auf der Strecke

Am 09. November 2011 wurde vom Bundesverfassungsgericht (BVG) die 5%-Sperrklausel im § 2, Abs. 7 des Europawahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt, da sich die Mehrheit der Richter (5:3) darin einig war, dass damit gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien verstoßen werde.

Das Urteil führte jedoch nicht dazu, die Wahl zum EU-Parlament 2009 für ungültig zu erklären und wiederholen zu lassen, sondern es wurde dem Deutschen Bundestag zur Auflage gemacht, bis zur nächsten Europawahl eine verfassungskonforme Wahlgesetzgebung zu beschließen. Damit den kleinen Parteien auch weiterhin der Weg ins EU-Parlament verwehrt bleibt, beschlossen CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne am 13. Juni 2013 im Bundestag die Einführung einer 3%-Hürde; nur die Fraktion der Linkspartei stimmte dagegen. Bereits am 05. Juli 2013 ließ der Bundesrat dieses Gesetz passieren, und es wurde am 07. Oktober 2013 durch die Unterzeichnung von Bundespräsident Gauck in Kraft gesetzt.

Dass es den um ihre Pfründe besorgten Parteien und Parlamentariern nur darum geht, die „Kleinen“ auch weiterhin klein zu halten, ist offensichtlich. Im Bundesinnenministerium gab es allerdings beträchtliche Bedenken, und ein internes Gutachten seiner Europaexperten sah eine „Sperrklausel jedweder Art“ so gut wie chancenlos. Die Klagen gegen die 3%-Hürde gelten deshalb als aussichtsreich. Die Rechte kleinerer Parteien und ihrer Wähler würden „massiv verletzt“, so der Parteienrechtler Hans Herbert von Arnim, der die ödp in Karlsruhe vertritt, denn die Stimmen der Kleinparteien fielen nicht einfach unter den Tisch, sondern kämen sogar den großen Parteien zugute. Das Gutachten des Ministeriums wurde von den meisten Abgeordneten gezielt nicht zur Kenntnis genommen!

Seitens der FDP wurde sogar gesagt, das Gutachten habe zum Zeitpunkt der Beratungen nicht vorgelegen. Das Bundesinnenministerium verzögerte selbst die Herausgabe des Dokumentes, das erst auf einen entsprechenden Antrag einer namhaften Tageszeitung in die Öffentlichkeit gelangte – allerdings wurde damit gewartet, bis der Bundestag die neue Hürde verabschiedet hatte.

Das Taktieren der etablierten Parteien bezüglich der Sperrklausel ist ein Politikskandal sondergleichen; demokratische Rechte werden skrupellos ausgehebelt, Wählerinnen und Wähler um ihre politische Mitgestaltung vorsätzlich betrogen und die kleinen Parteien mit geradezu krimineller Energie um mögliche Parlamentsmandate gebracht. Dass von den Fernsehanstalten – allen voran den öffentlich-rechtlichen – dieser Skandal kaum kommentiert wurde, dürfte daran liegen, dass man es sich mit Merkel & Co. nicht verscherzen möchte. Eine so offensichtliche Klüngelwirtschaft passt eben nicht zum Bild von Volksparteien, die ihren Auftrag, zur politischen und demokratischen Willensbildung des Volkes in angemessener Weise beizutragen, derart mit Füßen treten.

Einiges spricht dafür, dass das BVG die neue Hürde noch vor dem Europawahltag kippen wird, zumal anzunehmen ist, dass sich die Karlsruher Richter nicht in der Öffentlichkeit blamieren wollen und ihr eigenes Urteil vom 09. November 2011 revidieren werden. Auch im Hinblick auf die Probleme bei der Regierungsbildung spricht vieles dafür, dass die Richter einsehen, dass sich die Zeiten geändert haben. Sogenannte Volksparteien haben es immer schwerer, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden; es kommt auch auf die kleinen Parteien an, die das Zünglein an der Waage sein können. Dementsprechend sollten diese Parteien auch im Europaparlament vertreten sein. Ob das Bundesverfassungs-

gericht am Gängelband der „Regierungsgewaltigen“ geht oder nicht, wird sich bald herausstellen...

Es wird also bis zur letzten Sekunde sehr spannend bleiben, denn das BVG hat für den 18. Dezember 2013 eine mündliche Verhandlung erwogen. Mit einem Urteil ist frühestens sechs Wochen später zu rechnen. Dann müsste der Deutsche Bundestag – entgegen seiner sonstigen Trägheit – in einem Eilverfahren ein neues Europawahlgesetz beschließen, der Bundesrat müsste ohne langes Zögern zustimmen. Abschließend müsste Bundespräsident Gauck das neue Wahlgesetz durch seine Unterschrift in Kraft setzen.

Aber vielleicht trickst man dann wieder – diesmal mit einer 2,5%-Hürde. Zuzutrauen wäre es den Herrschaften in Berlin, die eifersüchtig darüber wachen, dass ihnen niemand ihre Pfründe streitig macht, auch wenn dabei die Demokratie auf der Strecke bleibt.

Es ist zu hoffen, dass ihnen das BVG eine Lektion in Sachen Demokratie erteilt!

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE





Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Mitglieder des am 17. November 2013 gewählten Bundesvorstands sowie das Redaktionsteam der ZeitenWende danken Ihnen dafür, dass Sie unserer Partei die Treue gehalten haben. Von unserer Seite aus werden wir Ihre Treue damit belohnen, dass wir auch in den kommenden zwölf Monaten versuchen werden, wie bisher für unsere gemeinsamen Ziele möglichst effizient und professionell zu arbeiten.

Wie jedes Jahr zu Weihnachten haben wir ein kleines Geschenk beigelegt. Das Buch eignet sich zum Weiterverschenken an Kinder. Wir sind davon überzeugt, dass Kinder ein ethisch fundiertes Mensch-Tier-Verhältnis viel schneller entwickeln können, wenn sie dazu angeleitet werden, zum Beispiel - neben anderen geeigneten Methoden, die für „Bruder Tier“ sensibilisieren - mit einer tierfreundlichen Lektüre.

Wir erlauben uns an dieser Stelle, Sie auch zu bitten, der Partei im Rahmen Ihrer persönlichen Möglichkeiten eine Spende zukommen zu lassen, die sicherstellt, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben erfüllen können. Die Europawahl 2014 rückt näher und es braucht nicht betont zu werden, dass ein professioneller Wahlkampf mit erheblichen Kosten verbunden ist: Wahlprogramm, Faltblätter, Wahlplakate, Aufkleber und nicht zuletzt die Produktion von Funk- und Fernsehspots kosten Geld. Unser Wahlkampfbudget ist leider relativ begrenzt, sodass wir natürlich auch – wie andere Parteien – auf Spenden angewiesen sind. Jeder noch so kleine Betrag hilft uns!

Nebenbei bemerkt: Parteispenden rentieren sich auch für Sie, denn sie sind in besonderer Weise steuerlich absetzbar. Bei Alleinstehenden vermindert sich die Steuerlast bei einer Spende bis 1.650,- Euro um 50 Prozent des gespendeten Betrages – also bis maximal 825,- Euro, die direkt von der zu zahlenden Steuer abgezogen werden können. Jeder Betrag oberhalb von 1.650,- Euro (bis maximal 3.300,- Euro) vermindert die Steuerlast dem persönlichen Steuersatz entsprechend zwischen 18 und 42 Prozent. Ehepaare, die bis zu 3.300,- Euro spenden, können dementsprechend maximal 1.650,- Euro direkt von ihrer Steuerlast abziehen. Jeder Betrag oberhalb von 3.300,- Euro (bis maximal 6.600,- Euro) vermindert die Steuerlast – wie bei den Alleinstehenden – dem persönlichen Steuersatz entsprechend.

Wichtig zu wissen: Unsere Partei erhält für jede Ihrer Spenden nochmals fast den gleichen Betrag als staatliche Mittel gemäß dem Parteienfinanzierungsgesetz.

Vielen Dank im Voraus!

Wir wünschen Ihnen einen guten Rutsch und für das neue Jahr vor allem Gesundheit und das Quäntchen Glück, das jeder im Leben braucht.

Mit herzlichen Grüßen

*Die Mitglieder des Bundesvorstandes und
des Redaktionsteams ZeitenWende*



+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

EU zwingt Bauern zu mehr Umweltschutz

Nach langen Verhandlungen gibt es nun eine Einigung über die Reform der Agrar-Subventionspolitik. Ein Teil der Milliarden, die ab 2014 an die Bauern fließen sollen, wird an Umweltschutzmaßnahmen gekoppelt. Die neuen Richtlinien stellen vor allem den Umweltschutz stärker in den Vordergrund. Künftig werden mindestens 30 Prozent der Direktzahlungen daran gekoppelt. Dazu sollen die Bauern zunächst fünf und ab 2017 sieben Prozent der Ackerfläche stärker der Natur überlassen, zum Beispiel als Brachflächen oder Grünstreifen. Dies soll dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten dienen. Die Bauern sollen darüber hinaus für mehr Vielfalt auf ihren Äckern sorgen. Auf Höfen, die zum Beispiel größer als 30 Hektar sind, müssen künftig drei verschiedene Kulturen angebaut werden. Halten sich die Landwirte nicht an die Umweltschutzvorgaben – das so genannte Greening – drohen Strafen.

(Quelle: Der Tagesspiegel / 20.06.2013)

Europa schickt die streitlustige Kommissarin Viviane Reding

Die Europäische Union will keinerlei Zweifel daran lassen, dass sie in einer Sache nicht so schnell aufgibt: die NSA-Spähaffäre. Daher fordert Kommissarin Reding: „Die amerikanische Regierung muss den Rechtsschutz für EU-Bürger in den USA garantieren, wenn sie ein Rahmenabkommen bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit wünscht. Ich will da Klarheit haben. Das Europaparlament wird niemals einem Rahmenabkommen zustimmen, wenn dieser Punkt nicht geklärt ist.“

(Quelle: Spiegel-Online)

EU-Kommission sucht europäische Antwort auf Flüchtlingsdrama

„Das ist nicht die EU, die wir wollen“, sagte Innenkommissarin Cecilia Malmström. Eine europäische Antwort sei nötig und schlug die Einrichtung einer Task Force vor, die im gesamten Mittelmeerraum Flüchtlingsboote früher aufspüren soll, um Menschenleben zu retten. Darüber hinaus soll Italien zusätzliche EU-Finanzhilfe von 30 Millionen Euro erhalten, mit denen etwa die Aufnahmezentren für Flüchtlinge ausgebaut werden könnten. Die EU müsse sich dafür einsetzen, so Barroso, dass die Menschen erst gar nicht aus ihren Heimatländern fliehen müssten. Man müsse zusammen mit Drittstaaten bessere Wege für „legale Migration“ schaffen und hart gegen die Schleuser vorgehen.

(Quelle: europa.eu)

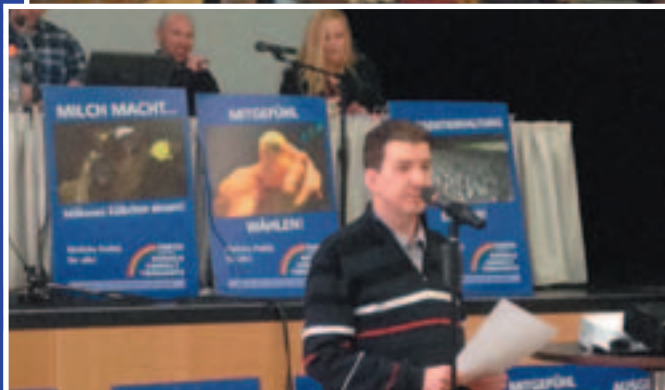
EU-Kommission will Verbrauch von Plastiktüten eindämmen

Brüssel sagt der Plastiktüte den Kampf an: Der EU-Umweltkommissar Janez Potocnik will Vorschläge machen, um den Verbrauch leichter Plastiktüten drastisch zu verringern. Denn im Meer sammeln sich die Tüten, zerfallen und können in den Nahrungskreislauf gelangen. Die EU-Kommission kann sich wie das Umweltbundesamt vorstellen, dass Tüten nicht mehr kostenlos abgegeben werden dürfen. Es gibt Beispiele, die zeigen, dass eine solche Verteuerung durchaus den gewünschten Effekt herbeiführen kann: So verringerte sich in Irland, wo 44 Cent je Tüte erhoben werden, die Tütenanzahl pro Kopf und Jahr von 328 auf 18 Tüten. Zum Vergleich: In Deutschland verwenden wir pro Kopf pro Jahr 71. In Bulgarien sind es 421 Stück, der EU-Schnitt liegt bei 198 Tüten.

(Quelle: PR Online / 20.11.2013)

DER 32. BUNDESPARTEITAG

- IM ZEICHEN DER EUROPAWAHL -



FOTOIMPRESSIONEN VOM 16./17.11.2013